



REPUBLIK ÖSTERREICH
Personalvertretungsaufsichtsbehörde
beim Bundesministerium für Kunst, Kultur
öffentlichen Dienst und Sport

Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien
E-MAIL • PVAB@BMKOES.GV.AT
TELEFON • 01/71606/667409
TELEFAX • 01/71344/047409

V 1-PVAB/22

Bericht
der Personalvertretungsaufsichtsbehörde
über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen
im Jahr 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 4
<i>Allgemeines</i>	Seite 4
<i>Aktuelle Zusammensetzung der PVAB</i>	Seite 5
2. Rechtsgrundlage des Berichts	Seite 6
3. Tätigkeitsstatistik	Seite 7
<i>Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG</i>	Seite 8
<i>Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG</i>	Seite 9
<i>Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG</i>	Seite 9
4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen	Seite 10
<i>Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen</i>	Seite 10
<i>Verteilung der aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien</i>	Seite 10
5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des des Dienstgebers	Seite 11
<i>Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers</i>	Seite 11
<i>Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien</i>	Seite 12
6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB	Seite 12

1. Einleitung

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) erstattet durch ihre Mitglieder Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI als Vorsitzende sowie Dr.ⁱⁿ Anita PLEYER als Vertreterin des Dienstgebers und Mag. Walter HIRSCH als Vertreter der Dienstnehmer:innen dem Herrn Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Mag. Werner KOGLER Bericht gemäß § 41f des Bundes-Personalvertretungsgesetzes (PVG), BGBl. Nr. 133/1967, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 224/2021.

Allgemeines

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB), die beim Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) eingerichtet ist, ist für die Aufsicht über die Personalvertretung zuständig.

Sie wird auf Antrag tätig, wenn die Verletzung von Rechten durch gesetzwidrige Geschäftsführung eines Personalvertretungsorgans behauptet wird, oder hat die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Amts wegen zu überprüfen.¹⁾ Für diese Verfahren gilt das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG). Behauptet eine Partei des Verfahrens, durch den Bescheid in ihren subjektiven Rechten verletzt zu sein, kann gegen den Bescheid der PVAB wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) erhoben werden. Das BVwG kann von den Parteien des Verfahrens auch wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch die PVAB angerufen werden.

Die PVAB hat nicht nur ihr eigenes Verfahren zu führen, sondern auch das Vorverfahren des Beschwerdeverfahrens vor dem BVwG abzuwickeln (wie beispielsweise Aberkennung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde, Beurteilung der Zulässigkeit und Rechtzeitigkeit einer Beschwerde gegen eine solche Aberkennung, allfällige Beschwerdevorentscheidung, Beurteilung der Zulässigkeit des Vorlageantrags sowie Vorlage an das BVwG und Information der Parteien über die Beschwerde). Im Verfahren vor dem BVwG ist auch die PVAB Partei.

Gegen Erkenntnisse des BVwG ist die Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) zulässig, wenn davon die Lösung einer grundsätzlichen Rechtsfrage abhängt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des VwGH abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des VwGH nicht einheitlich beantwortet wurde. Die PVAB hat als Partei auch im Verfahren vor dem VwGH mitzuwirken und kann auch selbst Revision gegen Erkenntnisse des BVwG erheben. Hat die PVAB nicht selbst Revision erhoben, hat sie dennoch Parteistellung im Verfahren vor dem VwGH.

¹⁾ § 41 Abs. 1 PVG

Die PVAB hat auch Beschwerden von Personalvertretungsorganen über die Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr zu prüfen.²⁾

Schließlich ist die PVAB für die Erstellung von Gutachten³⁾ zuständig, sofern zwischen den zuständigen Organen der Zentralstelle und dem zuständigen Zentralausschuss kein Einvernehmen über eine bestimmte vom Dienstgeber beabsichtigte Maßnahme erzielt werden kann. Es entscheidet dann zwar der:die Ressortleiter:in, jedoch ist zuvor mit dem Zentralausschuss persönlich darüber zu beraten und auf dessen Verlangen ein Gutachten der PVAB zur Streitfrage einzuholen. Das Gutachten hat die PVAB innerhalb von vier Wochen zu erstatten.

Auf die Behandlung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch den Dienstgeber und auf die Erstattung von Gutachten an eine Ressortleitung ist das AVG nicht anzuwenden. Die PVAB entscheidet in diesen Fällen endgültig, der Rechtszug an das BVwG und den VwGH ist ausgeschlossen.

Die PVAB besteht aus einem:einer rechtskundigen Vorsitzenden sowie einem:einer rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung des Dienstgebers und einem:einer rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung der Dienstnehmer:innen, wobei DG- und DN-Vertretung im Zeitpunkt ihrer Bestellung dem Aktivstand anzugehören haben. Für jedes Mitglied sind zwei Ersatzmitglieder zu bestellen. Alle Mitglieder der PVAB sind in Ausübung ihres Amtes weisungsfrei.

Aktuelle Zusammensetzung der PVAB

Vorsitz

Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI, Vorsitzende
Senatspräsident des VwGH i.R. Dr. Josef GERM, 1. Stellvertreter
Ministerialrat i.R. Dr. Helmut GÜNTHER, 2. Stellvertreter

Dienstgeberversreter:innen

MRⁱⁿ i.R. Drⁱⁿ Anita PLEYER (BMKÖS), Mitglied
MR Dr. Wilhelm SANDRISSER (BMI), 1. Stellvertreter
SC Mag. Christian WEISSENBURGER (BMK), 2. Stellvertreter

Dienstnehmer:innenvertreter:innen

MR Mag. Walter HIRSCH (BMLV), Mitglied
MR Dr. Wolfgang SETZER (BMI), 1. Stellvertreter
HR Dr. Gerhard SCHWABL (LPD Wien), 2. Stellvertreter

²⁾ § 41 Abs. 4 PVG

³⁾ § 10 Abs. 7 PVG

Die Bestellung der aktuellen Mitglieder der PVAB erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2019 für eine Tätigkeitsdauer von fünf Jahren (2. Funktionsperiode der PVAB).

Die Kanzleigeschäfte der PVAB und die Geschäftsführung für die administrativen Angelegenheiten der PVAB werden vom BMKÖS (Abteilung III/A/1) wahrgenommen.

2. Rechtsgrundlage des Berichts

Berichte ⁴⁾

§ 41f. Die Aufsichtsbehörde hat zu Jahresbeginn der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen im vorangegangenen Jahr betreffend

1. die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der Organe der Personalvertretung und
2. die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes durch die Organe des Dienstgebers

zu erstatten. Dieser Bericht ist von der Bundesministerin oder dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport im Wege der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen.“

Zu den Berichten über die Tätigkeit und die Wahrnehmungen der Personalvertretungsaufsicht ist darauf hinzuweisen, dass mit der Schaffung der PVAB nichts an den inhaltlichen Rechtsgrundlagen im PVG geändert wurde.

So ist zwar das AVG auf die Erstellung von Gutachten iSd § 10 Abs. 7 PVG, die auf Verlangen des zuständigen Zentralausschusses bei Nichteinigung mit der Ressortleitung von dem:der Bundesminister:in bei der Personalvertretungsaufsicht eingeholt werden müssen, sowie auf die Prüfung von Beschwerden von Personalvertretungsorganen iSd § 41 Abs. 4 PVG wegen Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers seit 1. Jänner 2014 nicht mehr anzuwenden, doch wurden durch diese rein formalen Änderungen der Verfahrensvorschriften die materiellen Inhalte des PVG nicht beeinflusst.

Unverändert gelten daher die Regelungen im PVG, nach denen die Personalvertretungsorgane ihre Geschäftsführung im Sinne des Gesetzes ordnungsgemäß abzuwickeln haben. Ebenso unverändert sind auch die Bundesminister:innen und die ihnen unterstellten zuständigen Organe des Dienstgebers weiterhin an die sie betreffenden Vorschriften des PVG gebunden. Daraus folgt, dass – wie auch vom BVwG und vom Höchstgericht VwGH festgestellt – die bisherige Judikatur der PVAK weiterhin von Bedeutung auch für die Rechtsprechung der PVAB ist.

⁴⁾ Novelle zum Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG) BGBl. I Nr. 82/2013, idF BGBl. I Nr. 153/2020.

3. Tätigkeitsstatistik

	2020	2021
Zahl der eingelangten Fälle insgesamt	38	61
Zahl erledigter Fälle insgesamt ⁵⁾	53	62
Anträge (§ 41 Abs. 1 PVG)	30	45
Zahl der Erledigungen ⁶⁾	33	46
davon Bescheide	32	46
Verfahrensdauer ⁷⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer</i>	68	61
<i>Höchstdauer</i>	161	335
<i>Mindestdauer</i>	18	1
Beschwerden (§ 41 Abs. 4 PVG) ⁸⁾	7	12
Zahl der Erledigungen	12	12
Verfahrensdauer ⁸⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer</i>	47	64
<i>Höchstdauer</i>	101	111
<i>Mindestdauer</i>	1	4
Gutachten (§ 10 Abs. 7 PVG)	1	0
Zahl der Erledigungen	1	0
Verfahrensdauer ⁸⁾		
<i>Durchschnittliche Verfahrensdauer</i>	11	0
<i>Höchstdauer</i>	11	0
<i>Mindestdauer</i>	11	0
Beschwerden an das BVwG	6	16
Entscheidungen des BVwG ⁹⁾, davon	10	2
<i>Zurückweisung</i>	0	
<i>Abweisung</i>	9	2
<i>Stattgebung</i>	1	
Revisionsanträge an den VwGH	0	1
Entscheidungen des VwGH ¹⁰⁾, davon	6	1
<i>Zurückweisung</i>	0	1
<i>Abweisung</i>	3	
<i>Stattgebung</i>	3	

⁵⁾ Inklusive Tätigkeitsbericht 2020 der PVAB, 6 offenen Fällen aus 2020, 1 Revision an den VwGH sowie 2 Erledigungen im Verwaltungsbereich.

⁶⁾ Inklusive der offenen Fälle aus 2020.

⁷⁾ In Kalendertagen.

⁸⁾ Auf diese Verfahren ist das AVG nicht anzuwenden.

⁹⁾ Inklusive der Erkenntnisse zu Fällen aus Jahren vor 2021.

Beschwerden an den VfGH	1	0
Entscheidungen des VfGH, davon	1	0
<i>Ablehnung der Behandlung</i>	<i>1</i>	<i>0</i>
<i>Zurückweisung</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Abweisung</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Stattgebung</i>	<i>0</i>	<i>0</i>

Die PVAB hat im **Jahr 2021** insgesamt **62** (53)¹⁰⁾ Fälle erledigt (inklusive ihres Tätigkeitsberichtes für das Jahr 2020, der **6** offenen Verfahren aus dem Jahr 2020, **1** außerordentlichen Revision an den VwGH sowie **2** Erledigungen im Verwaltungsbereich).

Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG

Im **Berichtsjahr 2021** wurden **45** (30) **Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG** auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen bei der PVAB eingebracht, wovon **40** (25) Verfahren noch im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Zusätzlich wurden **6** (8) noch offene Verfahren aus dem Vorjahr abgeschlossen.

In diesen aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **46** (32) **Bescheide** erlassen. Die Zahl der **Beschwerden an das BVwG** gegen Entscheidungen der PVAB hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Zu den im Berichtsjahr von der PVAB erlassenen **46** (32) Bescheiden wurde in **16** (6) **Fällen (34,78 %)** – also in knapp mehr als einem Drittel der Fälle – Beschwerde an das BVwG erhoben.

Die bis **Ende 2021** eingelangten **7** (10) **Erkenntnisse des BVwG** haben in **4,5 Fällen (64,29%)** die Entscheidungen der PVAB **bestätigt** und **1,5 Fällen (21,43%)** der Beschwerde **stattgegeben** ¹¹⁾. In **1 Fall (14,29%)** wies das BVwG die Beschwerde aus formalen Gründen zurück.

Im **Berichtsjahr 2021** langte **1** (6) Entscheidung(en) des **VwGH** bei der PVAB ein. In diesem Fall wurde die außerordentliche Revision der PVAB gegen ein die Rechtsansicht der PVAB nicht bestätigendes Erkenntnis des BVwG vom Höchstgericht aus formalen Gründen zurückgewiesen, ohne in die Sache einzugehen.

Der VfGH wurde im Berichtsjahr 2021 in keinem einzigen Fall gegen eine Entscheidung der PVAB angerufen.

¹⁰⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

¹¹⁾ **0,5** Fälle: In einem **1** Fall wurde vom BVwG der Beschwerde zu Spruchpunkt 1 des PVAB-Bescheides stattgegeben und die Beschwerde zu Spruchpunkt 2 abgewiesen

Die durchschnittliche **Verfahrensdauer** der im Jahr **2021** abgeschlossenen Verfahren betrug **61 (68) Kalendertage**, das längste dieser Verfahren nahm **335 (161) Kalendertage** in Anspruch, die kürzeste Verfahrensdauer betrug **1 (18) Kalendertag(e)**. Die **Dauer** der aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren **2021** ist abgesehen von der längsten Verfahrensdauer trotz der im Jahr 2021 weiterhin anhaltenden COVID-19-Pandemie neuerlich leicht gesunken, weil die längste Verfahrensdauer im Berichtsjahr ohne die Verfahrensdauer von 335 Kalendertagen (nur **149 (161) Kalendertage** betragen hätte. Die **überlange Verfahrensdauer** von **335 Kalendertagen** ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Verfahren, an dem dieselben Parteien wie in einem früheren Verfahren beteiligt waren und dem im Wesentlichen auch derselbe entscheidungsrelevante Sachverhalt wie in diesem früheren Verfahren zugrunde lag, von der PVAB beschlossen wurde, vor der Entscheidung der PVAB in diesem Fall das neuerliche Erkenntnis des BVwG und die Entscheidung des VwGH über eine allfällige ao. Revision der PVAB abzuwarten, um im Sinne der höchstgerichtlichen Rechtsansicht entscheiden zu können.

Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG

Im **Berichtsjahr 2021** wurden **12 (7)** ¹²⁾ **Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG** ¹³⁾ wegen behaupteter Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr bei der PVAB eingebracht, die alle **12 (7)** noch im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Offene Beschwerdefälle aus dem Vorjahr lagen nicht vor. Im Berichtsjahr 2021 verabschiedete die PVAB somit **12 (12) Prüfungsergebnisse** zu Beschwerden gegen Organe des Dienstgebers.

Die durchschnittliche Dauer der im Jahr 2021 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers betrug **64 (47) Kalendertage**, die längste nahm **111 (101) Tage** in Anspruch, die kürzeste betrug **4 (1) Tag(e)**.

Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG

Im **Berichtsjahr 2021** wurde **0 (1) Gutachten** der PVAB **gemäß § 10 Abs. 7 PVG** ¹⁴⁾ eingeholt. Die Erledigungsdauer des im Berichtsjahr 2020 erstellten 1 Gutachtens der PVAB hatte 11 Kalendertage betragen (Erledigungsfrist für Gutachten der PVAB nach PVG maximal vier Wochen, also höchstens 28 Kalendertage).

¹²⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

¹³⁾ Auf die Prüfung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers ist das AVG nicht anzuwenden.

¹⁴⁾ § 10 Abs. 7 PVG.

4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen

	2020	2021
Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen	30	45
Abgeschlossene Verfahren ¹⁵⁾	33	46
Einstellungen ¹⁶⁾	1	0
Bescheide	32	46
Zurückweisung ¹⁷⁾	4	8
Abweisung	14	19
Stattgebung	14	19

2021 ergab die Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen **in 19 (41,30%) von 46 Fällen** deren Gesetzwidrigkeit, **2020** war Gesetzwidrigkeit **in 14 (43,75%) von 32 Fällen** festgestellt worden.

	2020	2021
Verteilung der abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien ¹⁸⁾	33	46
<i>Justiz (BMJ)</i>	14	25
<i>Landesverteidigung (BMLV)</i>	10	11
<i>Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)</i>	5	7
<i>Inneres (BMI)</i>	2	3
<i>Finanzen (BMF)</i>	1	0
<i>Bundeskanzleramt (BKA)</i>	1	0

¹⁵⁾ Inklusive 6 offener Verfahren aus 2020.

¹⁶⁾ Beispielsweise wegen Rückziehung des Antrags.

¹⁷⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlender Antragslegitimation.

¹⁸⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht dem Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2021.

Im **Berichtsjahr 2021** bezogen sich **25 Fälle (54,35%)** der **46 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMJ, **11 Fälle (23,91%)** auf Dienststellen des BMLV, **7 Fälle (15,22%)** auf Dienststellen des BMBWF und **3 Fälle (6,52%)** auf Dienststellen des BMI.

Im vorangegangenen **Berichtsjahr 2020** hatten sich **14 Fälle (42,42%)** der **33 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMJ bezogen, **10 Fälle (30,30%)** auf Dienststellen des BMLV, **5 Fälle (15,15%)** auf Dienststellen des BMBWF, **2 Fälle (6,06%)** auf Dienststellen des BMI und je **1 Fall (je 3,03%)** auf Dienststellen des BMF und des BKA.

5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des Dienstgebers

	2020	2021
Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers	7	12
Abgeschlossene Verfahren	12	12
<i>PVG-Verletzung</i>	3	8
<i>Keine PVG-Verletzung</i>	6	2
<i>Zurückweisung ¹⁹⁾</i>	3	2
<i>Einstellung:</i>	0	0

2021 wurde in **8 Fällen (66,67%)** von insgesamt **12 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **2 Fällen (16,67%)** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **2 Fällen (16,67%)** die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt.

2020 war in **3 Fällen (25%)** von insgesamt **12 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **6 Fällen (50%)** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **3 Fällen (25%)** die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt worden.

¹⁹⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlenden Beschwerdevoraussetzungen.

	2020	2021
Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien ²⁰⁾	12	12
<i>Landesverteidigung (BMLV)</i>	5	4
<i>Justiz (BMJ)</i>	6	3
<i>Bildung (BMBWF)</i>	0	3
<i>Bundeskanzleramt (BKA)</i>	0	1
<i>Finanzen (BMF)</i>	0	1
<i>Inneres (BMI)</i>	1	0

2021 bezogen sich **4 Fälle (33,33%)** der insgesamt **12** abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren auf das BMLV, je **3 Fälle (je 25%)** auf den Justizbereich und den Bildungsbereich, sowie je **1 Fall (je 8,33%)** auf das BKA und das BMF.

2020 hatten sich **6 Fälle (50%)** der insgesamt **12** abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren auf den Justizbereich bezogen, **5 Fälle (41,67%)** auf das BMLV sowie **1 Fall (8,33%)** auf das BMI.

6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB

Gemäß § 41e PVG hat der Vorsitz der PVAB rechtskräftige Bescheide, Beschlüsse, die nicht bloß verfahrensleitend sind, und Ergebnisse von Prüfungen gemäß § 41 Abs. 4 PVG in anonymisierter Form im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) zu veröffentlichen. Die Rechtssätze bzw. Entscheidungstexte aller rechtskräftigen Bescheide ²¹⁾ und ergangenen Prüfungsergebnisse ²²⁾ aus 2021 wurden im RIS veröffentlicht.

Wien, am 24. Jänner 2022

Die Vorsitzende:
Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI

²⁰⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht der aktuellen Fassung des Bundesministeriengesetzes – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2021.

²¹⁾ § 41 Abs. 1 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.

²²⁾ § 41 Abs. 4 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.